

Ausreden gegen Franchisebefreiung

In der Debatte zur Volksinitiative zur Franchisebefreiung bei der Krankenkasse für AHV-Rentner wurden an einer Informationsveranstaltung von Regierungsratsseite als Gegenargument angeführt, in den letzten Jahren seien Krankenkassenprämien kaum mehr gestiegen, Krankenkassen hätten kürzlich einmalige Rückvergütungen ausbezahlt und die allgemeine Teuerung im offiziellen Warenkorb sei auch minimal gewesen. Es ist gut zu glauben, dass bei regierungsamtlichen Einkommen die tatsächlichen Kostensteigerungen nicht gespürt werden, oder besser gesagt, bei AHV-Rentnern man diese nicht sehen will. Tatsächlich sind allein die Grundprämien der Krankenkasse um über 900 Franken in den letzten elf Jahren gestiegen, seit AHV-Rentner keinerlei finanzielle Erleichterung mehr gesehen

haben. Steuern und staatliche Abgaben sind fast ausnahmslos wesentlich gestiegen, für Rentner bei Steuerfreibeträgen auf Renteneinkünften im Besonderen, hin zu Strassenverkehrssteuern und (versteckt) massiv gestiegene Abgaben auf Heizungen, wohl an der Spitze beinahe verdoppelten Gebühren für Identitätskarten und Pässe, um nur wenige Beispiele aus dem Alltagsleben zu nennen. Die wahre finanzielle Situation der AHV-Rentner in Liechtenstein hat sich in letzten elf Jahren wesentlich verschlechtert, sie sind aber wohl die Einzigen, die bisher keinerlei Entlastungen gesehen haben. Ganz anders bei den eigenen Angestellten der Regierung, der Landesverwaltung, bei der die Gehälter im gleichen Zeitraum im Mittel um 6,5 Prozent gestiegen sind. Wieso sprach die Regierung nicht mit den gleichen, an Haaren herbeigezogenen Argumenten wie bei Rentnern diese Erhöhungen ab? Könnte es sein, dass AHV-

Rentner in Regierungs- und Landtagkreisen zu Nebensächlichkeiten geworden sind, auf deren Buckel Geld für Wichtigeres und Weltbewegenderes gespart werden kann? Mit AHV-Rentner-Anliegen lässt sich auf der internationalen Bühne und in Medien kaum glänzen.

Othmar Züger
Aeulegraben 32, Triesen